

A44 Veranstaltung „Runder Tisch“ in der Haferbachhalle

Etwa hundert interessierte und sicherlich besorgte Kaufunger Mitbürger haben sich zu einer Informationsveranstaltung des „Runden Tisches“ zur A44 am 30.06.2012 in der Haferbachhalle versammelt.

Die Mitglieder des runden Tisches, Vertreter der Bürgerinitiativen, Fraktionen des Gemeindeparlaments, des BUND, des NABU, des Kaufunger Stifts sowie der Bürgermeister, informierten jeweils aus ihrer Sicht über den momentanen Stand der Dinge und erläuterten jeweils Ihre Positionen zur A44.

Gemeinsam erklärten alle ihre ablehnende Haltung zum Projekt BAB 44 und bemängelten die bisher fehlende Information über die Autobahnplanung der Behörden in Wiesbaden.

Insbesondere wurden erhebliche Konfliktpunkte resultierend aus den jetzigen Planungen zum Bau der A44 durch das Lossetal hervorgehoben.

- Lossewiesen und deren Biotopcharakter werden zerstört
- Beeinträchtigung der Kaufunger Trinkwasserversorgung
- Lärmbelästigung
- Luftverschmutzung
- Umleitungsverkehre bei Sperrung der A44
- Gefährdung von Rote Liste Tierarten
- Waldverlust (Stiftswald)
- Beeinträchtigung der gewerblichen Entwicklungsmöglichkeiten

Redebeitrag von Jochen Lody zur A44 Veranstaltung:

Die Grünen sind nun nicht unbedingt als Partei der Autobahn Befürworter bekannt. Deshalb setzt sich unsere Bundestagsabgeordnete Nicole Maisch zum Beispiel bei Diskussionen im Hessischen Fernsehen. Für die Betroffenen ein.

Einige von uns waren bei der Denkwürdigen Veranstaltung des HR in Hessisch Lichtenau vor zwei Wintern dabei.

Die ganzen Nachteile für Kaufungen durch die A44 werden von den Bürgerinitiativen wesentlich besser dargestellt. Genauso die mittlerweile offensichtlichen Planungsmängel.

So möchte ich auf ein zugrundeliegendes Problem eingehen, weil es uns wichtig erscheint. Herr Minister Posch spricht von 5000 Euro für einen Molch (Kammolch) und Millionen Schäden durch die Klagen des BUND. (Das dürfte wohl noch nicht mal stimmen klingt aber schön vollmundig)

Europäische Beauftragte werden in der Zeitung so dargestellt als ob man das in Brüssel ähnlich sieht und an einer „Verbesserung“ arbeitet. Der Mensch käme zu kurz sagt Posch. Das denken wir ja hier auch. Aber kann es da helfen das Verbandsklagerecht wieder abzuschaffen? Das bringt doch dem Menschen überhaupt nichts.

Nach geltender Rechtslage ist es kein Problem gegen den Lärm eines Hahnes im Nachbargarten juristisch erfolgreich vorzugehen. (Kindergärten zum Glück nicht mehr) Gegen 120 LKW's in der Stunde sind wir nach geltendem Recht schutzlos.

Es werden auch etwas merkwürdige Unterschiede zwischen vorhandenen und neuen Straßen gemacht,

Die Anwohner der B7 in Fürstenhagen leiden seit mittlerweile 20 Jahren ohne rechtlichen Schutz.

Die Konsequenz kann doch nur sein: Durchsetzbarer Schutz von allen Lebewesen. Also bessere und zeitgemäße Immissionsschutz -Richtlinien.

Was ist dazu zu tun:

In Kneipen am Stimmtisch erzählen, wie es ist beim St. Florians Prinzip in dem angezündeten Haus zu sitzen. Und das außer dem Molch den Betroffenen doch wenig Hoffnung bleibt.

Wir als Politiker vertreten die gemeindlichen Belange und geben unserem Bürgermeister die nötige Rückendeckung und Verhandlungsoptionen. (Mögliche Klagen sind in der Verhandlung Gewichte)

Wir als Bürger Unterstützen NABU, BUND und ROBIN WOOD.

Wir alle Fragen bei den nächsten Bundestagswahlen die Kandidaten mal danach, wie sie es denn mit dem Schutz des Menschen vor Lärm und Abgasen halten.

Insgesamt fordern alle Mitglieder des Runden Tisches endlich mehr Transparenz und Einbindung in die Planungen bei den entsprechenden Behörden ein.